

# NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Foto: Deutscher Bundestag/ Janine Schmitz/ phototek

## Der Bundeshaushalt 2022 ist beschlossene Sache

### Ein Haushalt in herausfordernden Zeiten

Die Haushaltsverhandlungen sind jedes Jahr aufs Neue intensiv und erfordern gute Zusammenarbeit über Fraktionsgrenzen hinweg. Die parlamentarischen Beratungen zum Haushalt 2022 waren aber besonders herausfordernd: In einer Zeit, in der wir mit mehreren Krisen gleichzeitig konfrontiert sind, muss der Haushalt Sicherheit im Wandel geben und Wege für ein erfolgreiches Krisenmanagement aufzeigen. Genau diese Art von Haushalt haben wir Anfang Juni verabschiedet.

Wir ergreifen notwendige Maßnahmen zur Bewältigung der andauernden Corona-Krise und zur Abmilderung der Folgen des Krieges in der Ukraine. Wir haben Entlastungspakete auf den Weg gebracht und durch

einen Ergänzungshaushalt finanzielle Vorsorge für weitere notwendige Schritte getroffen. Wir schützen das Klima, investieren in unsere Infrastruktur, unterstützen den Mittelstand, fördern Forschung, Innovation und den sozialen Zusammenhalt und stärken Sicherheits-, Außen- und Entwicklungspolitik. Wichtig ist dabei auch: Niemand muss Kürzungen von Staatsleistungen fürchten.

Für den Bundeshaushalt 2022 sind Ausgaben in Höhe von insgesamt 495,79 Milliarden Euro vorgesehen. Mit dem sinnvollen Einsatz dieses Geldes denken wir die innere, äußere und soziale Sicherheit zusammen und wagen Fortschritt in zukunftsrelevanten Bereichen. Lest mehr zum Inhalt auf der **Seite 2**.

*Moin!*

Haushaltswochen sind für uns Haushalter die Hochphase unserer parlamentarischen Arbeit. Über Wochen verhandeln wir und suchen Kompromisse, oft bis tief in die Nacht. Es geht um viel. Nämlich um die Frage, wie wir das Geld des Bundes für das jeweilige Haushaltsjahr sinnvoll einsetzen.

Die Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag münden, bevor der Haushalt im Plenum beschlossen wird, in der sogenannten Bereinigungssitzung. In dieser mehrstündigen Sitzung wird, wie es der Name schon sagt, der Haushaltsentwurf endgültig bereinigt. Der Haushaltsausschuss tagt dafür ab vormittags bis in den Morgen des folgenden Tages hinein. Über den Tag müssen alle Bundesminister in den Ausschuss um Rede und Antwort zu stehen. Dieses Jahr haben wir bis 2:40 Uhr getagt.

Ich möchte mich an dieser Stelle für die Zusammenarbeit bei meinen Sprecher-Kollegen der Ampel Otto Fricke und Sven-Christian Kindler, der AG-Haushalt und meinem Team bedanken. Es waren gute und produktive Verhandlungen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen!

*Ever 1015*

# Der Haushalt steht für Zusammenhalt

In Europa, der Welt und innerhalb der Koalition



Foto: Deutscher Bundestag/ Janine Schmitz/ phototek

Nachdem der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2022 das Parlament erreicht hat, haben wir in vielen Bereichen nachgeschärft und insgesamt 347 Änderungsanträge beschlossen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: 495,8 Milliarden Euro, die wir innerhalb des Bundeshaushalts 2022 für wichtige Projekte und Vorhaben einsetzen. Vorhaben, die für Solidarität und Zusammenhalt stehen und die die äußere, innere und soziale Sicherheit gemeinsam stärken.

Ich denke da an verschiedene Beispiele: Unter anderem an das 9-Euro-Ticket, mit dem wir es Menschen er-

möglichen, kostengünstig den ÖPNV zu nutzen. Damit machen wir deutlich, dass Mobilität kein Privileg, sondern ein Grundrecht sein sollte. Für mich sticht auch das Klimaforschungsschiff Polarstern II als ein Leuchtturmprojekt hervor, das klarstellt: Wir werden in Forschung und Entwicklung investieren, um den Klimawandel zu bekämpfen, denn es ist unsere Pflicht, den Planeten für zukünftige Generationen zu schützen. Und ich denke auch an die Unterstützungsleistungen, die wir der Ukraine zur Verfügung stellen, damit sie einerseits im Krieg nicht bankrott geht und andererseits, um Menschen nach ih-

rer Flucht in Deutschland solidarisch zu empfangen. Daneben haben wir unsere globale Verantwortung nicht vergessen: Die Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe werden um mehrere Milliarden aufgestockt. Und abschließend greifen wir Studierenden unter die Arme und sorgen mit der BAföG-Reform für mehr Chancengleichheit in der Bildung.

Dieser Haushalt konnte durch konstruktive Zusammenarbeit mit unseren Koalitionspartnern entstehen und er steht für einen handlungsfähigen Staat, der Sicherheit im Wandel gibt!

## HINTER DEN KULISSEN Wie funktioniert ein Sondervermögen?

So finanzieren wir die Modernisierung unserer Bundeswehr



Foto: Alexandra Bucurescu / pixelio.de

„Bessere Ausrüstung, modernes Einsatzgerät, mehr Personal – das kostet viel Geld. Wir werden dafür ein ‚Sondervermögen Bundeswehr‘ einrichten. [...] Der Bundeshaushalt 2022 wird dieses Sondervermögen einmalig mit 100 Milliarden Euro ausstatten. Die Mittel werden wir für notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben nutzen.“ So hat unser Bundeskanzler ein Sondervermögen für die Bundeswehr Ende Februar angekündigt.

Ein Sondervermögen wird durch ein Gesetz errichtet und stellt als Zusatz-

haushalt mit eigener Wirtschafts- und Rechnungsprüfung eine Ausnahme der Haushaltseinheit dar. Das bedeutet, dass der Bundestag zusätzlich zum Haushalt, der jedes Jahr verabschiedet wird, noch einen weiteren Haushalt beschließt der nur zur Erfüllung begrenzter Aufgaben dient. Das heißt beim Sondervermögen Bundeswehr werden neben dem Geld, welches das Verteidigungsministerium aus dem Bundeshaushalt bekommt, zusätzlich 100 Milliarden Euro an Krediten aufgenommen, um die Bundeswehr auszurüsten.

Wir haben uns dazu entschlossen das Sondervermögen Bundeswehr im Grundgesetz zu verankern und dabei von der Schuldenbremse auszunehmen. Für diese Grundgesetzänderung brauchten wir eine 2/3-Mehrheit, die nach intensiven Verhandlungen am 3. Juni mit den Stimmen der Ampel-Regierungsfraktionen und denen der Unionsfraktion zusammengekommen ist. Mit dieser Mehrheit ist der Weg nun frei: das Sondervermögen kommt. Wir modernisieren unsere Bundeswehr für die Zukunft!

# Energiepreispauschale beschlossen

## Entlastung in der Krise für Bürgerinnen und Bürger

Durch den Krieg in der Ukraine steigen die Lebenshaltungskosten massiv an und besonders die Energiepreise steigen in die Höhe. Als Ampel-Koalition haben wir uns auf die sogenannte „Energiepreispauschale“ geeinigt. Damit werden wir die Bürgerinnen und Bürger im Alltag entlasten.

Im September und Oktober erhalten alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer pauschal einmalig 300 Euro zusammen mit ihrem Einkommen ausgezahlt. So stellen wir sicher, dass das Geld zielgerichtet bei den Menschen ankommt, die es brauchen.

Selbstständige können die Energiepreispauschale von ihrer Einkommenssteuervorauszahlung abziehen. Menschen mit geringem Einkommen erhalten in diesem Jahr einen einmaligen Heizkostenzuschuss, um auch sie zielgerichtet in diesen schwierigen Zeiten entlasten zu können. Der Heizkostenzuschuss ist dabei nach Haushaltsgröße gestaffelt. So erhalten größere Familien mit einem höheren Verbrauch eine höhere Entlastung.

Wir haben seit Juni die Steuer auf Benzin und Diesel gesenkt, um dadurch die massiven Kostensteigerungen

in diesem Bereich entgegenzutreten zu können. Eine weitere bereits jetzt als positiv zu betrachtende Maßnahme ist das 9 Euro-Ticket für den ÖPNV. Wir ermöglichen dadurch eine erhöhte Mobilität für alle Menschen und das nicht nur in den Städten, sondern auch in ländlichen Räumen. An der großen Resonanz des Tickets sehen wir, dass es ein voller Erfolg ist.

Die Reaktion unserer Bundesregierung auf diese Probleme zeigt wieder einmal: Es ist gut, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an der Spitze haben, denn so wird auch in Krisen solidarisch gehandelt.



Foto: Henrik Gerold Vogel / pixelio.de

# PFANDEMIEHILFE Pflegebonusgesetz verabschiedet

## Finanzielle Anerkennung für Pflegekräfte tritt in Kraft

In der Corona-Pandemie haben die Arbeitnehmenden im Gesundheitswesen an vorderster Front gearbeitet. In den letzten zwei Jahren hatten viele von ihnen - besonders in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen der Republik - täglichen direkten Kontakt mit Corona-Infizierten. Dadurch hatten sie mit erschwerten Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Den Pflegekräften in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen wurde bereits während der Pandemie mit Solidaritätsbekundigungen An-

erkennung für ihre Arbeit gezeigt. Nun legen wir mit dem Pflegebonusgesetz nach und zeigen den Pflegerinnen und Pflegern finanzielle Anerkennung für ihre harte Arbeit. Dieses Gesetz haben wir bereits Ende Mai im Bundestag verabschiedet.

Je 500 Millionen Euro werden für den Bereich der Krankenhäuser sowie der Pflegeeinrichtungen zur Verfügung gestellt, insgesamt stehen also eine Milliarde Euro zur Verfügung. Die finanziellen Mittel erreichen Krankenhäuser, die in 2021 besonders viele

SARS-CoV-2 infizierte Patientinnen und Patienten behandelt haben, die beatmet werden mussten. Zudem werden Beschäftigte von Pflegeeinrichtungen der Alten- bzw. Langzeitpflege den Bonus erhalten, dabei ist die Höhe nach der Nähe zur Versorgung gestaffelt. Die Versorgungsnähe spielt auch im Krankenhaus eine entscheidende Rolle.

Die Boni sind steuer- und sozialabgabefrei und der Bonus wird voraussichtlich im vierten Quartal 2022 an die Pflegekräfte ausgezahlt.



Foto: Michael Bührke / pixelio.de



## — Informationsfahrten nach Berlin finden wieder statt!

### Die ersten BPA-Gruppen in zwei Jahren

Im Dezember 2019 konnte ich da letzte Mal eine Besuchergruppe einer BPA-Informationsfahrt im Bundestag empfangen. Dann kam die Pandemie und die Reisen wurden eingestellt.

Im Mai und Juni konnte ich bereits zwei neue Gruppen empfangen, welche aus interessierte Bürgerinnen und Bürgern und Wartenden von der lang gewordenen Warteliste bestanden. Im Herbst und Winter werden wir weitere Fahrten durchführen. Wenn ihr euch dafür Interessiert, schreibt mir gerne eine Mail und wir schauen, was möglich gemacht werden kann, damit ihr Berlin aus einer neuen Per-

spektive kennenlernt und einen Einblick in den Bundestag bekommt.

Keine Informationsfahrt, die durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert werden, gleicht der anderen. Was wir aber immer möglich machen: ein Besuch im Bundestag, um zu sehen wo die Politik gemacht wird.

Bei der viertägigen Fahrt kommen keine Kosten für Verpflegung, Unterkunft oder Transport auf euch zu. Neugierig geworden? Meldet euch in meinem Büro und mein Team kann euch gerne weiterhelfen.

## — Landesliste zur Landtagswahl aufgestellt

### Weser-Emsler Kandidaten weit vorne

Am 21. Mai haben 200 Delegierte aus ganz Niedersachsen in Hildesheim die SPD-Landesliste für die Landtagswahl am 9. Oktober beschlossen. Als Bezirksvorsitzender für Weser-Ems war ich auch dabei.

Angeführt wird unsere 101-Personen starke Liste natürlich von unserem Ministerpräsidenten Stephan Weil, der auch in diesem Oktober wieder zu unserem Landesvater gewählt werden soll. Auf ihn folgen Sozial- und Gesundheitsministerin Daniela Beh-

rens und Umweltminister Olaf Lies, aus Weser-Ems. Die Oldenburger kandidierenden Hanna Naber und Ulf Prange sind jeweils auf Listenplatz 9 und 19. Karin Logemann, Kandidatin für die Wesermarsch und Rastede, ist auf Platz 12 und Landtagskandidat für das Ammerland Björn Meyer findet sich auf Listenplatz 84 wieder.

Das Ziel ist es aber natürlich die Wahlkreise direkt zu gewinnen und so die Region weiterhin stark in Hannover repräsentieren zu können!



Mit einem starken Ergebnis wurde Ulf Prange erneut zu Landtagskandidaten für Oldenburg-Mitte/Süd gewählt. Damit wurde Ulf seit 2013 zum dritten Mal das Vertrauen geschenkt seinen Wahlkreis erneut zu gewinnen und in Hannover zu vertreten.

Im Landtag ist der Anwalt Sprecher für Recht- und Verfassungsfragen und setzt sich auch in Hannover immer für seinen Wahlkreis ein. Er ist zudem Mitglied im SPD-Fraktionsvorstand und im Ältestenrat des Landtages. Ulf ist stets ein kompetenter Ansprechpartner, mit dem ich gerne zusammenarbeite. Ich freue mich deswegen schon auf den gemeinsamen Wahlkampf im Sommer und Herbst!

**DIREKT GEWÄHLT -  
DIREKT ANSPRECHBAR!**

#### **Berliner Büro**

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030 227 72 800  
E-Mail: [dennis.rohde@bundestag.de](mailto:dennis.rohde@bundestag.de)

#### **Wahlkreisbüro Oldenburg**

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg  
Telefon 0441 99 86 76 01  
E-Mail: [dennis.rohde@bundestag.de](mailto:dennis.rohde@bundestag.de)

@ [www.dennisrohde.de](http://www.dennisrohde.de)

f [facebook.com/dennis.rohde](https://facebook.com/dennis.rohde)

t [twitter.com/dennisrohde](https://twitter.com/dennisrohde)